

1. Ökologisch	
1.1 Umwelt- und Naturschutz	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag
„Wir werden eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt und zur Reduzierung der Flächenversiegelung in Schleswig-Holstein erarbeiten.“	„Einzelmaßnahmen sind einzubetten in einen Ausbau der landesweiten Biotopvernetzung. Daher werden wir im Dialog mit relevanten Akteuren eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt entwickeln. In dieser Strategie wollen wir die bestehenden fachpolitischen Ziele und Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt abteilungs- und ressortübergreifend zusammenführen und ergänzen.“ [S. 67]
„Wir werden eine weitere Integrierte Naturschutzstation in der Holsteinischen Schweiz errichten.“	„Die Integrierten Stationen unterstützen wir bei der Naturschutz- und Bildungsarbeit in den Regionen.“ [S. 75]
„Wir werden mit einem Landesprogramm ‚Grüne Infrastruktur‘ das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein weiterentwickeln.“	„Einzelmaßnahmen sind einzubetten in einen Ausbau der landesweiten Biotopvernetzung .“ [S. 67] „Naturparke als Schutzgebietskategorie gewachsener Kulturlandschaften können auf ideale Weise Landnutzung, Naturschutz und Tourismus sowie Naherholung verbinden. Das wertvolle Potenzial unserer Naturparke ist noch weitgehend ungenutzt. Wir werden daher das Konzept und die Richtlinie des Landes für die Naturparkförderung grundlegend überarbeiten (sog. Qualitätsoffensive), um die Arbeit der Naturparke zu stärken. Wir werden prüfen, ob die Förderquote und das jährliche Gesamtbudget erhöht werden.“ [S. 62]
Wir werden mit einem " Fachbeirat Trinkwasserschutz " ein Pestizid- und Düngekataster als Open Data anlegen.	„Wir werden die Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie weiter voranbringen. Dies betrifft sowohl die Gewässerstruktur, etwa Durchgängigkeit der Gewässer, als auch die stoffliche Qualität, also Verringerung der Schadstoff- und Nährstoffeinträge. Außerdem werden wir das Landeswassergesetz umfassend novellieren und dem Bundesrecht

	<p>anpassen. Wir werden die Einträge von Nähr- und Schadstoffen sowie sonstige Einflüsse auf unser Grund- und Trinkwasser aus allen Quellen weiter reduzieren und auch für künftige Generationen die Trinkwasserressourcen nachhaltig sicherstellen. Hierzu werden wir einen vorsorgenden Grundwasserschutz in der Landwirtschaft und den Kommunen unter Einbeziehung der Wasserversorger fortsetzen und intensivieren.“ [S. 62]</p> <p>„Wir werden die Einhaltung der düngerechtlichen Vorschriften wirksam kontrollieren, entsprechende Schulungen und Fortbildungsprogramme anbieten und wirksame Kontrollen durchsetzen. Dazu werden wir den Vollzugsbereich personell stärken und effizient gestalten, um die neuen Anforderungen, die sich aus der Novelle des Düngerechts ergeben, angemessen zu erfüllen.“ [S. 63]</p>
<p>Wir werden die Munitionsaltlasten in den Meeren weiter erfassen sowie alternative Bergungstechnologien erforschen und einsetzen.</p>	<p>„Immer noch belasten geschätzte 1,6 Millionen Tonnen Munitionsreste die Umwelt in Nord- und Ostsee. Wir werden die Arbeit am Munitionskataster fortführen, in dem Lage und Art der Munitionsreste veröffentlicht werden. Neben Archivrecherchen sollen dazu auch Auswertungsergebnisse verschiedener Behörden (Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bundeswehr und andere) und Vorhabenträger (wie z. B. bei Offshore-Wind- parks) zusammengeführt werden, um vorhandenes Wissen zu bündeln. Neben der Entwicklung alternativer Bergungstechnologien zum Schutz der Meeresumwelt werden wir Pilotprojekte zu deren Einsatz fördern. Dafür werden wir Bundes- und Europamittel einwerben. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Munitionsaltlasten unter der Federführung von Schleswig-Holstein wird von uns auch weiterhin unterstützt. Wir werden an den Bund herantreten, um ihn für die Beseitigung der Altlasten stärker in</p>

	die finanzielle Verantwortung zu nehmen.“ [S. 63]
Wir werden Stadtbegrünung in Städtebauförderungsprogramme aufnehmen.	Siehe Punkt 1 „Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt“
1.2 Agrarwende	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag
„Wir werden ein ‚Landeskompetenzzentrum Ökolandbau‘ unter Einbeziehung der Wissenschaft einrichten.“	-
„Wir werden die Ausbildung verbessern und eine Fachklasse ökologischer Landbau einrichten.“	„Außerdem werden wir eine Fachklasse Ökolandbau im dritten Jahrgang der Berufsschule einführen.“ [S. 67]
Wir werden weitere europäische Mittel für Umwelt- und Tierschutz einsetzen.	„Landwirtinnen und Landwirte brauchen auskömmliche Erzeugerpreise, die auch die Kosten für eine umwelt- und tierschutzgerechte Erzeugung widerspiegeln. Faire Marktbedingungen und angemessene Erzeugerpreise sind die Grundvoraussetzung, dass in der Landwirtschaft Einkommen erwirtschaftet werden. Wir werden uns im Land, Bund und auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Instrumente geschaffen werden, die dies ermöglichen.“ [S. 69] „Bei der Umsetzung der Programme (derzeit Regionalfonds EFRE, Sozialfonds ESF, Fonds für ländliche Entwicklung ELER sowie dem Meeres- und Fischereifonds EMFF und Interreg) für die neue Förderperiode ab 2021 werden wir ressortübergreifend und fondsübergreifend vorgehen und die operationellen Programme aufeinander abstimmen.“ [S. 104]
Wir werden das Lebensmittel-Schulprogramm zum Erfolg führen.	„Wir wollen das identitätsstiftende, verpflichtende Projekt „Schulklassen auf dem Bauernhof“ weiterentwickeln.“ [S. 74]

<p>Wir werden in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt einsetzen.</p>	<p>„Wir wollen regionale Vermarktungsstrategien zur Stärkung unserer regionalen Händlerinnen und Händler im Wettbewerb mit dem zunehmenden elektronischen Handel ebenso fördern, wie die Außer-Haus-Gemeinschaftsverpflegung (Schulverpflegung, Kantinen u. a.) mit regionalen, saisonalen Produkten sowohl aus konventioneller als auch aus ökologischer Erzeugung stärken.“ [S. 74f.]</p>
<p>Wir werden ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung auf Bundesebene anstoßen.</p>	<p>„Wir wollen uns verstärkt dem Problem der Lebensmittelverschwendung widmen. Den Ausbau der Kampagne „Zu gut für die Tonne“ wollen wir vorantreiben. Wir wollen prüfen, ob es dazu gesetzlicher Vorgaben auf Bundesebene bedarf, und dazu ggf. gemeinsam mit anderen Ländern einen Vorstoß machen. Projekte im Land gegen Lebensmittelverschwendung wollen wir unterstützen.“ [S. 75]</p>
<p>Wir werden die Entwicklung des ländlichen Raums voranbringen.</p>	<p>„Wir wollen eine moderne Weiterentwicklung der Wirtschaft und Strukturen im ländlichen Raum. Dazu gehören eine Grundversorgung in Mobilität, Breitband, medizinische Versorgung, Daseinsvorsorge, Telemedizin wie auch Kita Schule und Kultur. Wir wollen so sicherstellen, dass ländliche Räume sich dynamisch und vielfältig entwickeln können. Dazu gehört auch eine Evaluierung und Fortschreibung des Leaderansatzes der Aktivregionen über 2020 hinaus. Insbesondere bei der Aufnahme der geflüchteten Menschen hat der ländliche Raum seine hohe Integrationskraft gezeigt. Wir werden die Möglichkeiten schaffen, individuell den Herausforderungen des demographischen Wandels und des Abwanderns in die urbanen Zentren zu begegnen und auch Freiräume für neue Ideen und Vorhaben eröffnen (erweiterte Nutzung landwirtschaftlicher Gebäude, Umnutzung öffentlicher Gebäude, neue Mobilitätskonzepte). Wir streben daher</p>

	<p>eine Experimentierklausel in der Landesplanung an, die es ermöglicht mit einer angemessenen wissenschaftlichen Begleitung zeitlich und räumlich begrenzt neue Entwicklungen zu ermöglichen. Wir werden den bisher eingeschlagenen Weg, die investive Förderung auf multifunktionale Maßnahmen und Projekte zu fokussieren, weiterverfolgen; dabei soll eine stärkere Verknüpfung dieser Maßnahmen mit der Orts- kern- und Ortsinnenentwicklung erfolgen. Das Thema Daseinsvorsorge soll Schwerpunkt der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) sein. Neben investiver Förderung sollen künftig aber auch prozessorientierte Ansätze (soziales Dorf, Kümmerer u.a.) unterstützt werden. Wir werden Möglichkeiten suchen, die verschiedenen europäischen Förderprogramme (ELER, EFRE, ESF, Interreg) und Bundesprogramme miteinander zu kombinieren.“ [S. 66]</p>
<p>1.3 Tierschutz</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>
<p>Wir werden uns für den Ausbau einer tierartgerechten und bedürfnisorientierten Nutztierhaltung einsetzen, mit Auslauf und Weidehaltung.</p>	<p>„Den Ausbau besonders tiergerechter Haltungformen wie zum Beispiel die Freilandhaltung bei Geflügel, die Weidehaltung bei Rindern und die Strohhaltung bei Schweinen wollen wir unterstützen und rechtliche Hemmnisse, die dies behindern, nach Möglichkeit abbauen.“ [S. 70]</p>
<p>Wir werden eine anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und Puten auf den Weg bringen.</p>	<p>„Den „Runden Tisch Tierschutz in der Nutztierhaltung“ werden wir fortsetzen. Den erarbeiteten Maßnahmenplan (Tierschutzplan) werden wir umsetzen und fortschreiben. Die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung zur Nutztierhaltung sehen wir dafür als Richtschnur.“ [S. 70]</p>
<p>Wir werden für ein bundesweites Haustierregister für Hunde und Katzen eintreten.</p>	<p>-</p>

<p>Wir werden Tierheime finanziell unterstützen.</p>	<p>„In einigen Tierheimen besteht Sanierungsbedarf, um eine tiergerechte Unterbringung weiter zu gewährleisten. Hier wollen wir im Dialog mit Tierschutzvereinen und Kommunen nach Finanzierungsmöglichkeiten suchen.“ [S. 70]</p>
<p>Wir werden uns für einen Landestierschutzbeauftragten einsetzen.</p>	<p>„Da Tierschutzaspekte auch außerhalb der landwirtschaftlichen Tierhaltung von erheblicher Bedeutung sind (z.B. Heimtierhaltung), werden wir analog zum Landesnaturschutzbeauftragten einen/eine Tierschutzbeauftragte/n berufen. Diese/r wird eng mit dem bestehenden Tierschutzbeirat zusammenarbeiten.“ [S. 70]</p>
<p>Wir werden Ausstattung, Konfliktmanagement und Struktur der Tierschutzaufsicht verbessern und das Bundestierschutzgesetz reformieren.</p>	<p>-</p>
<p>1.4 Verbraucher*innenpolitik</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>
<p>Wir werden uns für den Erhalt der Standorte der Verbraucherzentralen in Schleswig-Holstein einsetzen.</p>	<p>„Dabei ist die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein ein wichtiger Partner. Eine langfristige und stabile Finanzierung der Landesgeschäftsstelle und der Beratungsstellen wollen wir sicherstellen, um Planungssicherheit und qualifiziertes Personal zu erhalten. Wir wollen einen niedrighschwelligem Zugang zum Beratungsangebot für alle hier lebenden Menschen ermöglichen. Zusätzlich soll die Digitalisierung des Beratungsangebotes der Verbraucherzentrale weiter ausgebaut werden.“ [S. 73]</p>
<p>Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass die Produkthersteller*innen an der Finanzierung einer unabhängigen Verbraucher*innenarbeit beteiligt werden.</p>	<p>„Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass Gelder aus Kartellrechtsstrafen zur Finanzierung einer unabhängigen Verbraucherberatung eingesetzt werden können.“ [S. 73]</p>
<p>Wir werden uns für eine gesetzliche Herkunftskennzeichnung für Milch und Fleisch stark machen.</p>	<p>„Wir prüfen daher eine flächenbezogene Förderung für Zusammenschlüsse von Milchbäuerinnen und -bauern, die ihren</p>

	Kühen nach einheitlichen Kriterien Weidegang ermöglichen und für die Weidemilch-Produktion eine labelgestützte Vermarktung aufbauen.“
1.5 Klimaschutz	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag
Wir werden die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr voranbringen.	<p>„Als Energiewendeland Nr. 1 will Schleswig-Holstein hier auch einen besonderen industriepolitischen Schwerpunkt setzen. Die Sektorenkopplung als nächster großer Schritt der Energiewende wird nur über eine intelligente Verbindung von Strom- und Gasinfrastruktur gelingen, wobei Wasserstoff das Bindeglied zwischen Strom- und Gasnetz darstellt.“ [S. 44]</p> <p>„Sektorenkopplung oder „Power to X“ bedeutet die Nutzung von erneuerbarem Strom in allen Energiesektoren (v.a. Strom, Wärme, Mobilität und Industrie) sowie die Speicherung und Umwandlung von erneuerbarem Strom, z.B. zu Wasserstoff oder Methanol. Wir wollen innovative Power-to-X-Lösungen unterstützen.“ [S. 56]</p>
Wir werden die Interessen von Mensch und Natur beim Ausbau der erneuerbaren Energien beachten.	<p>„Den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein werden wir mit Augenmaß fortsetzen und die Kosten für Stromkunden durch abgeregelte Windkraftanlagen deutlich senken.“ [S. 57]</p> <p>„Windkraftanlagen werden immer größer. Um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, wird zusätzlich zu den bestehenden Mindestabständen ein neues Kriterium für die Genehmigung verankert. Im Außenbereich soll der Mindestabstand dreifache Anlagenhöhe bis Rotorblattspitze, bei Siedlungen fünffache Anlagenhöhe sein, so dass der Abstand zu einer 200 Meter hohen Anlage im Außenbereich 600 Meter (vorher 400 Meter) und bei Siedlungen 1.000 Meter (vorher 800 Meter) beträgt.“ [S. 58]</p>

<p>Wir werden bundesweit für einen verbindlichen Pfad für zügigen Kohle-Ausstieg eintreten.</p>	<p>„Kohleausstieg Für die Koalition ist Nachhaltigkeit ein zentrales politisches Leitmotiv. Damit schützen und erhalten wir unsere natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen. Die Bewahrung der Schöpfung hat für uns eine herausragende Bedeutung. Deshalb setzen wir uns für einen verantwortungsbewussten Ausstieg aus der Kohlekraft in Schleswig-Holstein ein. Um das letzte reine Kohlekraftwerk in Schleswig-Holstein in Wedel stilllegen zu können, werden wir unverzüglich mit der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Betreiber Vattenfall Gespräche aufnehmen. Ziel ist eine gemeinsame Lösung, die die Voraussetzungen für eine Abschaltung des Kohlekraftwerks Wedel noch in dieser Legislatur schafft und so dazu führt, dass allein durch diese Maßnahme in Schleswig-Holstein pro Jahr bis zu 1,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart werden. Wir erwarten, dass nach vielen Jahren der Überlegung auf Hamburger Seite noch in diesem Jahr die verbindliche Entscheidung zum Ersatz des Wedeler Kraftwerks fällt.“ [S. 60]</p>
<p>Wir werden neue Effizienztechnologien unterstützen.</p>	<p>„Energieeffizienz Eine Steigerung der Energieeffizienz birgt große Potenziale zur Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes. Bemühungen, den Energieverbrauch zu reduzieren, werden wir unterstützen und fördern. Hierzu gehören auch Informations- und Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Programme und Maßnahmen im Bereich der Bildung. Im Dialog mit der Wirtschaft und den Kommunen werden wir dafür Sorge tragen, dass Energieeinsparpotenziale besser genutzt und bestehende Initiativen unterstützt werden. Das Land unterstützt Hausbesitzer mit Beratung. Wir werden einen Piloten für Contracting in Schulen starten und auch für Gemeinden mit knapper Kasse ermöglichen. Die Berichtspflichten der Kommunen in der</p>

	<p>Gemeindeordnung werden wir im Zusammenhang mit anderen Berichtspflichten evaluieren und ggf. novellieren. Wir werden das Energiewende- und Klimaschutzgesetz entlang der energiepolitischen Ziele dieses Koalitionsvertrags zur Mitte der Legislatur überprüfen.“ [S. 55]</p>
<p>Wir werden konkrete Speicherprojekte auf den Weg bringen.</p>	<p>„Wir werden mit Innovation und Fortschritt, mit Klimaschutz und mit Erneuerbaren Energien für Strom, Wärme, Verkehr, Speicher und Industrie den Wohlstand sichern und für mehr Nachhaltigkeit und Fortschritt sorgen.“ [S. 4]</p> <p>„Damit die Energiewende ein Erfolg wird, sind neben den Bereichen der Energieeffizienz und Energieeinsparung große Anstrengungen bei der Forschung und Entwicklung von kostengünstigen und effizienten Speicher- und Anwendungsmöglichkeiten von Strom erforderlich. Wir werden die Energieforschung im Land stärker unterstützen und Start-Ups in diesem Bereich fördern. Dabei wollen wir gemeinsam mit Universitäten, Fachhochschulen und Unternehmen Forschungsschwerpunkte bilden sowie bestehende und geplante Programme bündeln. Die Koalition wird die Forschung und die Entwicklung zur Windenergie weiter intensivieren.</p> <p>Wir werden eine unterirdische Raumordnung vorlegen, die unter anderem die Potenziale für Speicher und Geothermie erfasst und mit der Energieinfrastruktur verschneidet.“ [S. 56]</p>
<p>Wir werden Stromnetze ausbauen.</p>	<p>„Die Koalition wird sich auf Bundesebene und in der Kommunikation mit anderen Bundesländern dafür einsetzen, dass der Netzausbau beschleunigt wird. Die derzeitige bundesdeutsche Ausbaugeschwindigkeit ist nicht</p>

	zufriedenstellend. Gleichzeitig setzt sich die Koalition für bundeseinheitliche Übertragungsnetzentgelte ein. Wir sorgen dafür, dass die notwendigen Stromleitungen in Schleswig-Holstein schnellstmöglich realisiert werden.“ [S. 59]
Wir werden Fracking und CCS in Schleswig-Holstein verhindern.	„ Fracking und CCS lehnen wir ab. “ [S. 55]
Wir werden alle drei Atomkraftwerke zurückbauen.	„An der Entscheidung, das Atomkraftwerk Brokdorf bis spätestens Ende 2021 abzuschalten, wird festgehalten. Längere Laufzeiten des Kernkraftwerk Brokdorf durch Übertragung von Strommengen zu Lasten der Energiewende lehnen wir ab.“ [S. 60f.]
Wir werden alles daransetzen, dass der EURATOM-Vertrag aufgelöst wird.	-
1.6 Wirtschaft	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag
Wir werden eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln.	„Die Koalitionspartner bekennen sich zu den globalen Nachhaltigkeitszielen der UN (Sustainable Development Goals). Die UN-Nachhaltigkeitsziele sind Verpflichtung und Ansporn zugleich, nachhaltige Rahmenbedingungen in unserem Bundesland zu stärken. Die Umsetzung betrachten wir ressortübergreifend und verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, um ein neues Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung zu etablieren.“ [S. 102]
Wir werden Gründungsgeist beflügeln und Start-ups fördern.	„Wir wollen Schleswig-Holstein zu einem echten Gründerland machen. Es gibt hier bereits eine aktive StartUp -Szene, die sich auch zunehmend vernetzt. Dennoch gibt es bisher auf die Bevölkerungszahl bezogen zu wenige Unternehmensgründungen in unserem Bundesland. Allen Mutigen und Kreativen - sowohl im Bereich der eher am Gemeinwohl orientierten Social Innovations als auch der klassisch gewinnorientierten Unternehmensgründungen - wollen wir deshalb deutlich bessere Rahmenbedingungen und ein echtes

	<p>Gründerklima bieten. Wir wollen die Gründung eines Unternehmens so einfach wie möglich machen und einen neuen Gründergeist befördern.</p> <p>Wir wollen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ermutigen, Unternehmerin und Unternehmer zu werden und ein positives Unternehmerbild fördern. Dabei sollen alle potenziell Gründungsinteressierten motiviert werden, unternehmerisch tätig zu werden.</p> <p>Unternehmerisches Denken und Einsatzbereitschaft wollen wir nicht nur mit Blick auf klassische Wirtschaftsunternehmen entwickeln, sondern ebenso für grüne und soziale Ökonomien. Jede Person, die sich entscheidet, in unserem Bundesland eine eigene Idee umzusetzen und die Gesellschaft damit ökologisch, sozial oder wirtschaftlich voranzubringen, ist eine Bereicherung für Schleswig-Holstein.“ [S. 45]</p>
<p>Wir werden uns für die Gemeinwohl-Ökonomie stark machen.</p>	<p>„Allen Mutigen und Kreativen - sowohl im Bereich der eher am Gemeinwohl orientierten Social Innovations als auch der klassisch gewinnorientierten Unternehmensgründungen - wollen wir deshalb deutlich bessere Rahmenbedingungen und ein echtes Gründerklima bieten.“ [S. 45]</p>
<p>Wir werden die Industriewende mit erneuerbaren Energien forcieren.</p>	<p>„Als Energiewendeland Nr. 1 will Schleswig-Holstein hier auch einen besonderen industriepolitischen Schwerpunkt setzen. Die Sektorenkopplung als nächster großer Schritt der Energiewende wird nur über eine intelligente Verbindung von Strom- und Gasinfrastruktur gelingen, wobei Wasserstoff das Bindeglied zwischen Strom- und Gasnetz darstellt. Wir streben eine bessere Vernetzung der Industriebetriebe in den industriellen Schwerpunkten bei Energie- und Ressourcenbewirtschaftung an. Wir werden uns auf Bundesebene für die Schaffung einer schleswig-holsteinischen Pilotregion einsetzen, damit</p>

	<p>die erforschten Verwendungsmöglichkeiten von Überschussstrom in der Praxis getestet werden können.“ [S. 44]</p>
<p>Wir werden ein schnelles Glasfasernetz aufbauen.</p>	<p>„Glasfaser, Sicherheit bei der Energieversorgung, Strompreise, Erreichbarkeit und Abbau von Verwaltungsaufgaben sind ansiedlungsrelevante Faktoren. Wir werden deshalb vor allem die Verkehrsinfrastruktur, die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die Digitalisierung, die Fachkräftesicherung, die Steuer- und Energiepolitik, einen möglichen Bürokratieabbau und die Bereitstellung von geeigneten Flächen in den Mittelpunkt stellen.“ [S. 44]</p> <p>„Unser Ziel ist es, den flächendeckenden Glasfaserausbau vor dem Jahr 2025 weitgehend abzuschließen. Wir bekennen uns zum Glasfaserausbau, denn nur mit einem Netzinfrastrukturwechsel weg vom Kupfer hin zur Glasfaser bis zum Gebäude erreichen wir deutlich höhere Bandbreiten in Sende- und Empfangseinrichtungen. Die flächendeckende Versorgung mit 50 Mbit/s sehen wir deshalb nur als Zwischenschritt.“ [S. 105]</p>
<p>Wir werden die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln.</p>	<p>„Die Umwandlung von Abschaltstrom aus erneuerbaren Quellen zu „grünem Wasserstoff“ birgt erhebliche industriepolitische Chancen für Schleswig-Holstein, die es zu heben gilt. Insbesondere im Beschaffungsbereich, wie etwa im Schienenverkehr, wird das Land die Wasserstoffwirtschaft industriepolitisch unterstützen. Hierfür sollen weitere Bundesmittel akquiriert werden, damit die Verwendungsmöglichkeiten von erneuerbarem Strom in der Praxis getestet werden können.“ [S. 57]</p>

<p>Wir werden maritime Wirtschaft, Gesundheitsstandort und nachhaltigen Tourismus ausbauen.</p>	<p>„Schiffbau, Maritime Wirtschaft, Offshore-Technik Mit sechs Wertstandorten für den Bau von seegängigen Schiffen und knapp 5.000 direkt im Schiffbau beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat die Schiffbauindustrie für Schleswig-Holstein eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Im Bereich der Meerestechnologien, im Marineschiffbau und Offshore sehen wir hervorragende industriepolitische Möglichkeiten.</p> <p>Für den Schiffbau - insbesondere für den Spezialschiffbau, sowie für neue umweltfreundliche Antriebstechniken - werden wir weiterhin Innovationsbeihilfen und Landesbürgschaften gewähren. Wir setzen uns für effiziente Schiffsbetriebstechnik ein.“ [S. 44f.]</p>
<p>Wir werden Arbeitsplätze im Handwerk für die Erneuerbaren von 16.000 auf 20.000 steigern.</p>	<p>„Im Bereich Erneuerbare Energien sehen wir die Chance, Schleswig-Holstein als Energiewendeland Nr. 1 weiter auszubauen und damit einen mittelständischen, aber auch industriepolitischen Schwerpunkt zu setzen. Die Förderung von Technologietransfer und Innovationen rund um den Komplex der Sektorenkopplung, Speicherung und „Powerto-X“-Verfahren bis hin zur Entwicklung von neuen, ressourcenschonenden Antriebstechnologien z.B. im Schienenverkehr wollen wir dabei besonders ins Blickfeld rücken.“ [S. 47]</p>
<p>Wir werden einen Grünen Wohlstandsindex in unserem "Land des Glücks" etablieren.</p>	<p>-</p>
<p>1.7 Verkehrswende</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>
<p>Wir werden ein Schnellladenetz für E-Mobilität ausbauen.</p>	<p>„Wir werden uns auf Bundesebene für die Einrichtung einer „Modellregion Elektromobilität“ in Kombination mit den vom Einspeisemanagement besonders betroffenen Regionen in Schleswig-Holstein einsetzen. Die Koalition wird gemeinsam</p>

	<p>mit den Kommunen und der privaten Wirtschaft für eine flächendeckende und leistungsfähige Infrastruktur unter Einschluss von Elektrobussen einsetzen. Ab sofort streben wir an, mindestens 20 Prozent aller neu anzuschaffenden Fahrzeuge des Landes Schleswig-Holstein als Elektrofahrzeuge zu beschaffen.“ [S. 56]</p>
<p>Wir werden mehr Elektrobusse durch ein ambitioniertes Förderprogramm unseres Landes ermöglichen.</p>	<p>„Im Verkehrsbereich wollen wir Straßen und Radwege sanieren und bauen und auch die E-Mobilität voranbringen sowie den ÖPNV ausbauen und qualitativ verbessern. Wir setzen dabei auch auf flexible und emissionsfreie Verkehrsträger.“ [S. 5]</p> <p>„Den ÖPNV im Land wollen wir mit den zusätzlichen Mitteln des Bundes finanziell besser unterstützen und dabei vor allem Vernetzung und Qualität verbessern. Das Sondervermögen MOIN.SH werden wir entsprechend weiterentwickeln und einmalig um zehn Millionen Euro Landesmittel aufstocken.“ [S. 50]</p>
<p>Wir werden im ländlichen Raum durch ein attraktives Nahverkehrsangebot die Verkehrswende einleiten und durch hochflexible Mobilitätsinfrastruktur Verkehrsmittel vernetzen.</p>	<p>„Wir wollen eine moderne Weiterentwicklung der Wirtschaft und Strukturen im ländlichen Raum. Dazu gehören eine Grundversorgung in Mobilität, Breitband, medizinische Versorgung, Daseinsvorsorge, Telemedizin wie auch Kita Schule und Kultur. Wir wollen so sicherstellen, dass ländliche Räume sich dynamisch und vielfältig entwickeln können.“ [S. 66]</p>
<p>Wir werden den Menschen in Städten mehr öffentlichen Raum überlassen.</p>	<p>„Wir werden mit Hilfe einer externen Expertise prüfen, ob wir städtebauliche Freiräume dadurch gewinnen können, dass wir Verwaltungsgebäude zentralisieren.“</p>
<p>Wir werden die vernetzte Mobilität voranbringen.</p>	<p>„Gerade im Bereich der Mobilität befindet sich die Gesellschaft im Wandel. Die Zukunft der Mobilität ist vernetzt, zunehmend emissionsfrei und flexibel. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)</p>

	<p>und Individualverkehr werden immer mehr miteinander verschmelzen. Unterstützt von der digitalen Entwicklung werden Menschen zunehmend diverse Verkehrsmittel kombinieren (share-mobility, Modal Split).“ [S. 49f.]</p>
<p>Wir werden den Fahrradverkehr ausbauen, Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten, Mitnahmemöglichkeit im ÖPNV bereitstellen.</p>	<p>„Wir werden Schleswig-Holstein fahrradfreundlicher gestalten. Dazu werden wir eine Landesstrategie zur Förderung des Radfahrens zügig entwickeln und dabei auch die Erfahrung von RAD.SH berücksichtigen. Zudem werden wir den Ausbau geeigneter Radschnellverbindungen in der Metropolregion und anderen Verdichtungsräumen des Landes voranbringen. Aus Landesmitteln werden wir für den Radwegeausbau in dieser Legislaturperiode zusätzlich zehn Millionen Euro zur Verfügung stellen.“ [S. 51]</p> <p>„Zudem werden wir den ÖPNV und den Radverkehr im Land stärken. Die Mittel nach dem bisherigen Entflechtungsgesetz werden wir auch nach 2019 in mindestens gleicher Gesamthöhe für die bisherige Zweckbindung einsetzen und um jährlich zwei Prozent dynamisieren, um Kostensteigerungen bei den Zuweisungen an die Kreise berücksichtigen zu können. Von der jeweils verfügbaren Gesamtsumme ab 2018 gehen 65 Prozent in die Sanierung von kommunale Straßen und 35 Prozent in Investitionen im ÖPNV und Anlagen für den Radverkehr.“ [S. 51]</p>
<p>Wir werden unsere Elektrifizierungskampagne für die Bahn starten.</p>	<p>„Im Verkehrsbereich wollen wir Straßen und Radwege sanieren und bauen und auch die E-Mobilität voranbringen sowie den ÖPNV ausbauen und qualitativ verbessern. Wir setzen dabei auch auf flexible und emissionsfreie Verkehrsträger.“ [S. 5]</p>
<p>Wir werden den Bau der S 4 und S 21 im Hamburger Rand voranbringen.</p>	<p>„Um Hamburg und Schleswig-Holstein noch besser miteinander zu verbinden und mehr Menschen von der Straße auf die Schiene</p>

	zu bewegen, treiben wir den Ausbau der AKN-Linie A1 zwischen Kaltenkirchen und Hamburg-Eidelstedt zur S21 (mit Prüfung einer späteren Verlängerung) und den Ausbau der S4 (Ost) voran.“ [S. 50]
Wir werden den Nord-Tarifverbund mit Hamburg verhandeln.	-
Wir werden für Bahn, Bus und Straßen lückenlos WLAN ausbauen.	„Wichtig sind uns dabei der Umweltverbund, die Barrierefreiheit, modernes Ticketing, freies WLAN in Bussen und Zügen, bessere Informationen für die Fahrgäste, moderne Fahrzeuge, attraktive Haltestellen und mehr Zuverlässigkeit.“ [S. 50]
2. Gerecht	
2.1 Teilhabe und Gerechtigkeit	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag
Wir werden Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und Kinderarmut bekämpfen.	<p>„Mit präventiven Maßnahmen wollen wir Armut und soziale Ausgrenzung vermeiden. Zur Eingrenzung von Kinderarmut ist unser Ziel, dass jedes Kind einmal am Tag eine vollwertige Mahlzeit erhält. Wir werden bürokratie- arme Maßnahmen prüfen, wie für Familien, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beziehen, eine Mahlzeit ihrer Kinder in der Kita oder Tagespflege ohne Eigenbeteiligung möglich ist. Wir werden die Initiative „Kein Kind ohne Ferienerholung“ weiterhin unterstützen.“ [S. 32]</p> <p>„Ein wirksamer Kinder- und Jugendschutz erfordert die Übernahme der Verantwortung aller. Mit der Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung wurde ein erster Schritt gemacht. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche auch weiterhin in einem kindgerechten Umfeld aufwachsen und sich unabhängig ihrer Herkunft bestmöglich entwickeln können.“ [S. 38]</p>

<p>Wir werden frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern.</p>	<p>„Der Ansatz der Familienzentren hat sich bewährt. Deshalb wollen wir diesen Bereich schon mit dem Haushalt 2018 ausbauen und für mehr Planungssicherheit sorgen. Der erste Schritt unserer Kita-Qualitätsoffensive wird eine Erhöhung der Mittel für die Familienzentren sein. Wir wollen die bestehenden Einrichtungen auf höherem Niveau fördern und mit längerfristigen Verträgen ausstatten. Außerdem wollen wir die Erhöhung der Zahl der Familienzentren ermöglichen.“ [S. 37f.]</p>
<p>Wir werden Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und Barrierefreiheit verbessern.</p>	<p>„Inklusive Bildung bleibt weiter ein wichtiges Ziel der Landespolitik. Es geht nun darum für die Umsetzung gute Bedingungen und eine bessere Unterstützung der Lehrkräfte zu schaffen. Wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode auf den qualitativen Ausbau der Inklusion konzentrieren. Dabei stimmen wir darin überein, dass in erheblichem Umfang zusätzliche Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen benötigt werden. Dazu soll der Bereich bis 2024 um jährlich 70 neue Lehrerstellen für Sonderpädagoginnen und -pädagogen gestärkt werden, die an den allgemein bildenden Schulen und Förderzentren sowie auch an den berufsbildenden Schulen zusätzlich tätig werden. Bis 2024 werden damit 490 neue Stellen geschaffen.</p> <p>Wir werden die bestehenden Förderzentren grundsätzlich erhalten. Die Angebote für inklusive Beschulung bleiben erhalten. Beide Angebote werden unter Ressourcengesichtspunkten gleichgestellt. Inklusive Schule muss nicht gemeinsamen Unterricht in jedem Fach bedeuten, sondern kann andere Lösungsansätze beinhalten.</p> <p>Allgemein bildende und berufsbildende Schulen sollen mit Förderzentren zukünftig enger kooperieren und Klassen einrichten können. Dabei unterstützen wir, wenn auf</p>

	<p>Dauer Förderzentren und allgemein bildende Schulen sowohl gemeinsam Klassen oder Lernangebote einrichten oder temporäre Angebote mit einer besonderen Betreuung anbieten. Schulen aller Schulformen werden wir auf Basis des aktuellen Schulgesetzes die Möglichkeit geben, besondere Schulkonzepte zur Realisierung der Inklusion mit und ohne Förderschwerpunkt weiterzuentwickeln und zu praktizieren und sich zu einem Best-Practice- und Hospitationsnetzwerk zusammenzuschließen, soweit Schulen dies wünschen.</p> <p>Die unterschiedlichen Unterstützungssysteme Schulbegleitung, Schulassistenten, Schulpsychologinnen und -psychologen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen im Interesse eines effizienteren Ressourceneinsatzes neu geordnet und sinnvoll zusammengeführt werden, um damit auch das Arbeiten in multiprofessionellen Teams zu ermöglichen. Dabei sollen regionale Poollösungen entwickelt werden.“ [S. 17]</p> <p>„Um den Schülerinnen und Schülern an den berufsbildenden Schulen gerecht werden zu können und sie individuell zu fördern, werden wir die Schulen mit Coaches, Sonderpädagoginnen und -pädagogen und auch mit schulpsychologischer Beratung unterstützen. Wir wollen die Übergänge von Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ihre Eingliederung in Ausbildung und Arbeit verbessern.“ [S. 21]</p> <p>„Wir wollen die Kapazitäten für den Bereich Sonderpädagogik ausbauen. In diesem Zusammenhang verstetigen wir eine bislang aus Sondermitteln an der Europa-Universität Flensburg finanzierte Professur für Inklusion.“ [S. 27]</p> <p>„Inklusion ist ein Querschnittsthema. Wir sind uns der besonderen Verantwortung für</p>
--	---

	<p>Menschen mit Behinderung bewusst. Wir bekennen uns zu dem Ziel, die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umzusetzen und in Schleswig-Holstein die Teilhabe in allen Lebensbereichen für Menschen mit Behinderung zu stärken. Für uns gilt der Grundsatz „Nicht ohne uns über uns“. Von großer Bedeutung ist es, die Menschen mit Behinderung und ihre Organisationen sowie den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in die Diskussionsprozesse mit einzubinden. Uns ist bewusst, dass die Umsetzung der UN-BRK nicht kurzfristig abgeschlossen werden kann, sondern dafür sowohl ein verändertes gesellschaftliches Bewusstsein als auch Strukturveränderungen notwendig sind. Deshalb wird es auf absehbare Zeit auch weiterhin spezialisierter Unterstützungssysteme für Menschen mit Behinderung bedürfen, etwa bei der Bildung oder im Arbeitsleben, die die besonderen Bedarfe Einzelner berücksichtigen. Grundsätzlich sollen systemische Lösungen und Sozialraumorientierung möglich sein, welche es Menschen mit Behinderung ermöglichen, Teilhabe zu leben. Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer vergleichbaren Hilfebedarfsplanung ein. Besonders augenfällig ist diese Situation bei der schulischen Inklusion. Hier wollen wir Strukturen und Ressourcen anpassen, damit aus schulischen oder schulnahen, multiprofessionell organisierten Einheiten der Schulbesuch an einer Regelschule für viele Kinder und Jugendliche mit Behinderung ermöglicht wird, ohne dass diesem langwierige Prüfungen der Ansprüche vorausgehen. Ein besonderer Schwerpunkt soll in der 19. Wahlperiode im Bereich der Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt gesetzt werden. Dafür sollen die Mittel der Ausgleichsabgabe effizient genutzt werden</p>
--	---

	<p>und die Arbeit des Integrationsamtes noch enger mit bestehenden Arbeitsmarktprogrammen – etwa ESF-Programmen oder Jugendberufsagenturen – verzahnt werden. Die Förderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe sollte möglichst handwerks- und unternehmensnah ausgerichtet werden, so dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Ausbildung gestärkt werden. Das Budget für Arbeit wollen wir ausbauen. Die Gründung weiterer Integrationsunternehmen wollen wir vorantreiben. Bei der Einstellung von Menschen mit Behinderung soll das Land als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen. Um diese Veränderungen zu gestalten, werden wir den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK und Initiative „Alle inklusive“ weiterentwickeln und umsetzen. Eine solche Fortschreibung soll dabei in einem transparenten und offenen Beteiligungsverfahren insbesondere für die betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger durchgeführt werden. Ob im Kindergarten, in der Schule, im Arbeitsleben, bei der Mobilität, in der Freizeit oder im kulturellen Leben, beim Thema Inklusion sind die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche angesprochen und betreffen folglich auch in der Landesregierung alle Ressorts. Daher soll eine Fortschreibung des Aktionsplanes auch in allen Ministerien inhaltlich verantwortlich betrieben und zentral durch die Staatskanzlei koordiniert werden.</p> <p>Eingliederungshilfe und Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes</p> <p>Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden auch in Zukunft zentrales Unterstützungsinstrument für Menschen mit Behinderung bleiben. Dieses System beendet sich mit dem Beschluss des Bundesteilhabegesetzes in einem großen Umbruch. Aus unserer Sicht hat sich dabei die Kommunalisierung der Eingliederungshilfe bewährt und wir erkennen die Verantwortung der</p>
--	--

	<p>landesweiten Koordination durch das zuständige Ministerium zur Erreichung gleicher Lebensverhältnisse an. Wir werden daher Planungssicherheit für Betroffene, Kommunen und Leistungserbringer schaffen und unverzüglich die Eigenschaft als Träger der Eingliederungshilfe auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen, damit diese in die Verhandlungen für einen neuen Landesrahmenvertrag ab 2020 mit den Leistungserbringern einsteigen können. Dabei wird das Land die Kreise und kreisfreien Städte bei der Neuausrichtung ihrer Arbeitsabläufe unterstützen und beraten. Wir werden mit den Kommunen gemeinsame Empfehlungen zur Bedarfsfeststellung und zur Hilfeplanung erarbeiten.</p> <p>Barrierefreiheit</p> <p>Ein wesentlicher Baustein zur Förderung der Inklusion ist die Schaffung von Barrierefreiheit. Insbesondere ist dabei natürlich die physische Barrierefreiheit im Fokus, da bei Straßen, Bussen und Infrastruktur nicht nur Menschen mit Behinderung im sozialrechtlichen Sinne profitieren, sondern auch vielen anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, z.B. älteren Menschen oder Eltern mit Kinderwagen, die Bewältigung des Alltags erleichtert wird. Auch hier ist es das Ziel, in möglichst vielen Bereichen Barrierefreiheit zu erreichen, indem bei Neubauten oder Grundsanierungen von Gebäuden und Infrastruktur, die Belange der Barrierefreiheit berücksichtigt werden. Da aber auch dieser Prozess nicht in kürzerer Zeit abgeschlossen sein wird, wollen wir besonders modellhafte Anstrengungen, die vollständige Nutzungsketten berücksichtigen, als Land im besonderen Maße fördern. Hierzu wird ein Fonds für Barrierefreiheit in Höhe von zehn Millionen Euro über die Legislaturperiode verteilt eingerichtet, um Modellprojekte dieser Art zu unterstützen.</p>
--	---

	<p>Leichte Sprache Alle Menschen haben das Recht auf Informationen. Wir verstehen dabei Leichte Sprache als ein Instrument, um dieses Recht für alle Menschen umzusetzen. Wir werden uns verstärkt für die Verwendung Leichter Sprache einsetzen.“ [S. 30f.]</p>
<p>Wir werden ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan Demografie aufstellen.</p>	<p>„Der Lebensabschnitt des aktiven Ruhestandes verlängert sich stetig. Die heutige Generation der Seniorinnen und Senioren ist so agil wie nie zuvor. Diesen Erfahrungsschatz gilt es zu nutzen. Schleswig-Holstein soll für alle Generationen offen und attraktiv sein. Seniorenpolitik ist für uns eine Aufgabe, die viele verschiedene Bereiche betrifft. Das ehrenamtliche Engagement der Seniorinnen und Senioren, wie z.B. in Seniorenbeiräten, in Vereinen und Verbänden, erhält unsere volle Wertschätzung. Jede Form der Altersdiskriminierung lehnen wir ab.“ [S. 39]</p>
<p>Wir werden Frauenhäuser und -beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Kieler Mädchenhaus fördern.</p>	<p>„Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen leisten eine unverzichtbare Arbeit für unser Land. Wir wollen die bestehenden Strukturen weiterentwickeln und die Anzahl der Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausbauen. Bis zu einer Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs werden wir ein Förderprogramm in Höhe von insgesamt drei Millionen Euro für die Haushalte 2018 und 2019 auflegen, um die dringlichsten Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen zu unterstützen. Wir werden die Förderrichtlinie überprüfen und anpassen. Die Koordinierung und Vernetzung der Frauenhäuser wollen wir verbessern. Wir unterstützen die beratende, psychosoziale und nachsorgende Arbeit für von Gewalt betroffene Frauen ebenso wie die Unterstützung bei konkreten Gewaltschutzmaßnahmen und der</p>

	Vermittlung von Rechtsbeiständen.“ [S. 39f.]
Wir werden die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiterentwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen.	„Ein besonderes Anliegen ist für uns, die Gleichstellung von Frauen an den Hochschulen weiter zu fördern und die Berufung von mehr Professorinnen durch geeignete Rahmenbedingungen zu unterstützen.“ [S. 24] „Wir arbeiten an dem gemeinsamen Ziel, dass Frauen gleichberechtigt in allen gesellschaftlichen Bereichen, zum Beispiel im Arbeitsleben, in der Politik, in Forschung, Wissenschaft und Kultur, ihre Rechte und Chancen wahrnehmen können.“ [S. 39]
Wir werden ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.	„Ohne das ehrenamtliche Engagement der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner wären viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ärmer. Wir werden das ehrenamtliche Engagement würdigen und für gute Rahmenbedingungen sorgen. Wir werden die Vereinbarkeit von Schule, Ausbildung und Studium mit ehrenamtlichem Engagement durch eine verstärkte Vernetzung aller beteiligten Akteurinnen und Akteure verbessern und unterstützen. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass ehrenamtliches Engagement bei der Vergabe und Förderung von Ausbildungs- und Studienplätzen berücksichtigt wird. Die Beratung und Vernetzung des Ehrenamtes werden wir stärken. Die Ehrenamtskarte soll durch weitere Kooperationspartnerinnen und -partner attraktiver und noch bekannter gemacht werden, damit ehrenamtlich Engagierte in den Genuss weiterer Vergünstigungen kommen. Wir verstehen die Ehrenamtskarte als ein Zeichen des Dankes an alle ehrenamtlich Tätigen .“ [S. 39]
2.2 Bezahlbarer Wohnraum	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag

<p>Wir werden Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung anbieten.</p>	<p>„Wohnraum muss für alle Menschen verfügbar und bezahlbar sein. Die gestiegenen Preise für Mieten und auch beim Erwerb stellen für viele Menschen erhebliche Belastungen dar. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für die Schaffung von neuem Wohnraum weiter verbessern und so für Preisstabilität sorgen.“ [S. 93]</p>
<p>Wir werden dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt.</p>	<p>„Ziel ist es, das landeseigene Grundstück der Alten Muthesius Kunsthochschule in Kiel so zu verwerten/verkaufen, dass die dort angesiedelte kreative Szene mit ihren innovativen Wohn- und Arbeitskonzepten eine dauerhafte Perspektive erhält. Eine Reduzierung des Verkehrswerts wäre nur damit zu begründen, dass sozialer Wohnungsbau stattfindet oder studentisches Wohnen geschaffen wird.“ [S. 11]</p>
<p>Wir werden Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.</p>	<p>„Die städtebauliche Entwicklung werden wir durch eine verbesserte Städtebauförderung vorantreiben. Hierbei setzen wir vor allem auf integrierte Stadtentwicklungskonzepte.“ [S. 94]</p>
<p>2.3 Gesundheit und Pflege</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>
<p>Wir werden Menschen, die pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause pflegen, durch entlastende Programme besser unterstützen.</p>	<p>„Um pflegende Angehörige zu entlasten, werden wir uns für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit einsetzen. Damit sich pflegende Angehörige nicht allein gelassen fühlen, wollen wir die Möglichkeiten für neue Beteiligungsformate eröffnen.“ [S. 36]</p>
<p>Wir werden die Prävention von Erkrankungen fördern.</p>	<p>„Die Angebote im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention wollen wir gemeinsam mit den Partnern der Selbstverwaltung und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst weiterentwickeln. Hierzu gehören auch Konzepte zur Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie z.B. Diabetes mellitus.“ [S. 35]</p>

<p>Wir werden die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern.</p>	<p>„Wir wollen eine moderne Weiterentwicklung der Wirtschaft und Strukturen im ländlichen Raum. Dazu gehören eine Grundversorgung in Mobilität, Breitband, medizinische Versorgung, Daseinsvorsorge, Telemedizin wie auch Kita Schule und Kultur. Wir wollen so sicherstellen, dass ländliche Räume sich dynamisch und vielfältig entwickeln können.“ [S. 66]</p>
<p>Wir werden den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen.</p>	<p>„Die Koalition stellt fest, dass Teile der Krankenhaufinanzierung nicht dauerhaft über das Zweckvermögen der IB.SH finanziert werden können und bereitet für die 20. Wahlperiode einen Systemwechsel vor. Haushaltsüberschüsse werden wir verstärkt dazu verwenden, dass kein erneuter Sanierungsstau bei den Krankenhäusern entsteht.“ [S. 8]</p>
<p>Wir werden für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hochhalten.</p>	<p>„Den gut ausgebildeten und hoch motivierten Pflegekräften muss mehr Anerkennung und Wertschätzung entgegengebracht werden. Wir wollen den Pflegeberuf attraktiver machen. Dazu gehören Angebote zum physischen und psychischen Belastungsabbau, die Einführung technischer Unterstützung sowie eine Ausbildung, die zukunftsfähig und attraktiv ist. Darüber hinaus wollen wir eine Initiative ‚PflegeWERT‘ starten, in deren Rahmen ein Landesstipendium zur Unterstützung der Aufnahme eines pflege- und gesundheitswissenschaftlichen Studiengangs in Schleswig-Holstein eingeführt werden soll. Wir wollen eine Weiterentwicklung der Pflegeberufe, die nicht zu Lasten von Ausbildungskapazitäten und Ausbildungsqualität erfolgt. Deshalb setzen wir uns für eine Pflegeausbildung mit gemeinsamer Grundausbildung und anschließender Spezialisierung ein. Im Rahmen einer Neuordnung der Pflegeberufe wollen wir zudem ein Konzept zur Sicherung der Ausbildungskapazitäten in ambulanten Pflegediensten und stationären</p>

	<p>Einrichtungen der Altenpflege entwickeln. Die Ausbildungsfinanzierung muss dabei einheitlich geregelt werden und für die Auszubildenden vollständig beitragsfrei sein. Bis zur abschließenden Neuregelung der Ausbildungsfinanzierung streben wir eine moderate Erhöhung der vom Land finanzierten Schulplätze zur Sicherung der Ausbildungsqualität an. Hierzu werden wir für das Haushaltsjahr 2018 zusätzliche Landesmittel bereitstellen.“ [S. 35f.]</p>
<p>Wir werden die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen.</p>	<p>„Die Versorgung schwerstkranker Menschen in Schleswig-Holstein ist uns ein besonderes Anliegen. Wir werden die ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativangebote fördern und auch hier eine enge Verzahnung der einzelnen Sektoren unterstützen. Die ehrenamtlich geleistete Arbeit in der Hospiz- und Palliativversorgung schätzen wir sehr und werden prüfen, wie wir sie zukünftig noch besser unterstützen können.“ [S. 34]</p> <p>„Den bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer und psychosomatischer Tageskliniken werden wir konsequent fortsetzen. Wir unterstützen die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil-)stationärer und tagesklinischer Behandlungsformen.“ [S. 34]</p> <p>„Auch Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu. Das Kompetenzzentrum Demenz werden wir weiterhin fördern und den Demenzplan Schleswig-Holstein weiterentwickeln.“ [S. 34]</p>
<p>Wir werden Traumatherapien für Geflüchtete fördern.</p>	<p>„Wir werden gemeinsam mit den Kommunen und den Krankenhäusern prüfen, wie Asylsuchenden der Zugang zu therapeutischen Leistungen über das bisherige Maß hinaus ermöglicht werden kann. Dabei soll eine Lösung im Rahmen der elektronischen Gesundheitskarte ermöglicht werden.“ [S. 34]</p>

<p>Wir werden Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen.</p>	<p>„Wir wollen eine moderne Weiterentwicklung der Wirtschaft und Strukturen im ländlichen Raum. Dazu gehören eine Grundversorgung in Mobilität, Breitband, medizinische Versorgung, Daseinsvorsorge, Telemedizin wie auch Kita Schule und Kultur. Wir wollen so sicherstellen, dass ländliche Räume sich dynamisch und vielfältig entwickeln können.“ [S. 66]</p>
<p>Wir werden die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte prüfen.</p>	<p>-</p>
<p>Wir werden den Ausbau der Telemedizin unterstützen.</p>	<p>„Wir wollen eine moderne Weiterentwicklung der Wirtschaft und Strukturen im ländlichen Raum. Dazu gehören eine Grundversorgung in Mobilität, Breitband, medizinische Versorgung, Daseinsvorsorge, Telemedizin wie auch Kita Schule und Kultur.“ [S. 66]</p> <p>„Digitalisierung bietet Chancen, den ländlichen Raum zu stärken und Standortnachteile im ländlichen Raum zu kompensieren. Hierzu zählen Telemedizin, Mobilitätsportale, Fortbildung oder bessere Vernetzung. Dies ist gerade angesichts des demografischen Wandels wichtig und um einer Landflucht entgegen zu wirken.“ [S. 111]</p> <p>„Wir wollen die Chancen der Telematik im Gesundheitswesen nutzen. Dabei werden wir uns mit Projekten und auch strukturell an der Ausgestaltung beteiligen. Diese Technologien sollen Menschen nicht ersetzen, sondern sinnvoll unterstützen. Telemedizin bietet im Zusammenspiel mit vorhandenen personellen Versorgungskapazitäten die Chance, die medizinische Versorgung gerade im ländlichen Raum dauerhaft sicherzustellen.“ [S. 111]</p>
<p>2.4 Kita</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>

<p>Wir werden noch mehr in Kita-Qualität investieren.</p>	<p>„Die Neuordnung der Kita-Finanzierung und die Steigerung der Kita-Qualität sind Leitprojekte der Koalition; Kommunen und Eltern werden wir entlasten. Schleswig-Holstein soll zum familienfreundlichsten Bundesland werden. Wir schaffen mehr Bildungsgerechtigkeit durch eine bessere frühkindliche Bildung in Kita und Grundschule.“ [S. 4]</p>
<p>Wir werden eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt.</p>	<p>„Ziel ist es, bis Ende der Legislaturperiode Eltern und Kommunen zu entlasten sowie Qualität in den Kitas zu sichern und zu stärken. Dazu wollen wir bis zum Jahr 2022 schrittweise 170 Millionen Euro mobilisieren. Um dem Ziel vergleichbarer Elternbeiträge näherzukommen, werden wir mindestens 50 Millionen Euro zur Entlastung der Eltern einsetzen. Zudem soll mit ebenfalls 50 Millionen Euro der Betriebskostenzuschuss des Landes an die Kommunen aufgestockt werden. Die übrigen Mittel in Höhe von 70 Millionen Euro werden zur Sicherung und Verbesserung der Qualität eingesetzt.</p> <p>Im Jahr 2018 beginnen wir mit der Qualitätssteigerung und werden die Zeit nutzen, um im Dialog mit Kommunen, Trägern und Eltern die Neustrukturierung des Finanzierungssystems einschließlich der Elternbeiträge zu erarbeiten. Mit der Einführung der neuen Elternbeiträge entfällt das Kitageld.</p> <p>Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass die durch das abgeschaffte Betreuungsgeld frei gewordenen Mittel den Ländern dauerhaft zur Verfügung gestellt werden.“ [S. 10]</p>
<p>Wir werden uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen.</p>	<p>„Um dem Ziel vergleichbarer Elternbeiträge näherzukommen, werden wir mindestens 50 Millionen Euro zur Entlastung der Eltern einsetzen.“ [S. 10]</p>
<p>Wir werden den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.</p>	<p>-</p>

2.5 Schulen	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag
Wir werden dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben können und den " Bildungsbonus " einführen.	„Die Stellenmehrbedarfe im Schulbereich orientieren sich am Ziel, spätestens bis 2022 eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung in allen Schulen zu sichern sowie an den weiteren im Koalitionsvertrag vereinbarten Schwerpunkten im Bildungsbereich.“ [S. 8] „Wir werden einen Bildungsbonus für Schleswig-Holsteins Schulen entwickeln und damit beginnen, Grundschulen und weiterführende Schulen in der Sekundarstufe I in Sozialräumen mit besonderen Herausforderungen mit besserer Personalausstattung zu unterstützen.“ [S. 14]
Wir werden weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ergreifen.	„Die Debatte um Schulstrukturen steht für uns nicht im Vordergrund, sondern die Stärkung der Qualität an allen Schulen. “ [S. 12]
Wir werden mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und Integrationsangebote ausbauen.	„Inklusive Bildung bleibt weiter ein wichtiges Ziel der Landespolitik. Es geht nun darum für die Umsetzung gute Bedingungen und eine bessere Unterstützung der Lehrkräfte zu schaffen. Wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode auf den qualitativen Ausbau der Inklusion konzentrieren. Dabei stimmen wir darin überein, dass in erheblichem Umfang zusätzliche Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen benötigt werden. Dazu soll der Bereich bis 2024 um jährlich 70 neue Lehrerstellen für Sonderpädagoginnen und -pädagogen gestärkt werden, die an den allgemein bildenden Schulen und Förderzentren sowie auch an den berufsbildenden Schulen zusätzlich tätig werden. Bis 2024 werden damit 490 neue Stellen geschaffen.“ [S. 17]

<p>Wir werden dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur Bildungsbremse werden.</p>	<p>„Die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler ist der Schlüssel für eine auf Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zielende Bildungspolitik. Die Begabungspotenziale der Schülerinnen und Schüler müssen – unabhängig von ihrem schulischen Bildungsweg und ihrer sozialen Herkunft – möglichst frühzeitig erkannt werden, damit sie ihre besonderen Fähigkeiten entfalten und weiterentwickeln können. Die Schulen und insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer übernehmen hierbei eine wichtige Aufgabe. Sie tragen Sorge dafür, dass besondere Begabungen nicht nur erkannt, sondern auch gefördert werden.“ [S. 17]</p>
<p>Wir werden Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung in Schulen und durch aktive Vereine stärken und uns für "Gesunde Schulen" einsetzen.</p>	<p>„Für uns ist Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) sehr wichtig für die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins und den Erhalt von Wohlstand und unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb werden wir für Schleswig-Holstein eine Gesamtstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung für alle Bildungsbereiche im Sinne des UNESCO-Weltaktionsprogrammes entwickeln. Wir werden eine Landesstrategie für BNE entwickeln, und zwar im Rahmen eines ausführlichen Beteiligungsprozesses unter Einbeziehung aller Akteurinnen und Akteure, insbesondere der Beteiligten der Zivilgesellschaft sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kreise und Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Schulen und Kindergärten und außerschulischer Bildungseinrichtungen.“ [S. 75]</p>
<p>Wir werden Ganztagsangebote ausbauen und Schulen im ländlichen Raum stärken.</p>	<p>„Viele Ganztagsangebote an unseren Schulen sind unter finanziert und entsprechen nicht den qualitativen Anforderungen an ganztägige Bildung und Betreuung. Eine bessere Verzahnung der Ganztagsangebote mit außerschulischen Organisationen und Einrichtungen ist erforderlich. Wir wollen bis Ende 2022 den Ausbau eines verlässlichen</p>

	<p>Ganztagsangebotes an den Grundschulen. Eltern sollen sicher sein, dass ihre Kinder auch nach Schulschluss gut aufgehoben sind. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Schulträgern zu einer Neuordnung der Finanzierung kommen. Ziel ist, Qualität und Finanzierung der verschiedenen Angebote in der Nachmittagsbetreuung zu vereinheitlichen, den Schulen mehr Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung einer verlässlichen Ganztagsbetreuung zu gewähren, um so ein vielfältigeres Bildungsangebot und eine verlässliche Betreuung entsprechend den Wünschen der Eltern zu ermöglichen.“ [S. 18]</p> <p>„Wir wollen eine moderne Weiterentwicklung der Wirtschaft und Strukturen im ländlichen Raum. Dazu gehören eine Grundversorgung in Mobilität, Breitband, medizinische Versorgung, Daseinsvorsorge, Telemedizin wie auch Kita Schule und Kultur.“ [S. 66]</p>
<p>Wir werden für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt an Schulen sorgen.</p>	<p>„Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wollen wir stärker in der Fort- und Ausbildung für Lehrkräfte verankern und setzen uns dafür ein, dass in den Fachanforderungen des für Bildung zuständigen Ministeriums sexuelle Vielfalt altersgerecht thematisiert wird. Unterrichtsmaterialien sollen unter Aufsicht des für Bildung zuständigen Ministeriums eingesetzt werden.“ [S. 19]</p> <p>„Politische Bildung ist heute wichtiger denn je und für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von Demokratie unverzichtbar.“ [S. 28]</p>
<p>Wir werden digitales Lernen fördern.</p>	<p>„Wir werden in der Oberstufe den neu aufwachsenden G9-Jahrgängen zwei zusätzliche Stunden zur Verfügung stellen. Dies ist ein erster Beitrag, um eine Vertiefung in den Kernfächern sowie in der digitalen Bildung und Informatik, der politische Bildung sowie eine verstärkte</p>

	Berufs- und Studienorientierung zu gewährleisten.“ [S. 16]
2.6 Berufliche Bildung	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag
Wir werden Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen.	„Wir werden die Einrichtung von Jugendberufsagenturen mit einer Anschubfinanzierung in allen Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein unterstützen.“ [S. 20]
Wir werden dem Fachkräftemangel an beruflichen Schulen begegnen.	„Wir unterstützen die berufliche Bildung als starke Säule unseres Bildungssystems. Sowohl in der Ausbildung und beim Übergang der Jugendlichen von der Schule in den Beruf als auch bei der Fort- und Weiterbildung von Fachkräften sind berufsbildende Schulen (BBS) und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) sowie Ausbildungsbetriebe einschließlich der Berufsbildungsstätten des Handwerks von zentraler Bedeutung und werden sinnvoll durch die Einrichtungen freier Träger ergänzt.“
Wir werden ein schleswig-holsteinisches Institut für berufliche Bildung (SHIBB) etablieren.	„Unser Ziel ist die Verzahnung von beruflicher Ausbildung und Arbeitswelt unverzüglich zu optimieren. Bis zur Mitte dieser Legislaturperiode werden wir ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) beim Wirtschaftsministerium einrichten. Als beratendes Gremium wird dort ein Kuratorium mit Vertreterinnen und Vertretern der relevanten Ministerien, Sozialpartnern, Schulträgern und berufsbildenden Schulen eingerichtet, was die Verantwortungsgemeinschaft zwischen allen Akteuren der beruflichen Bildung unterstreicht. Die Rechtsform des SHIBB soll eine vollständige Eigenständigkeit mit eigenem Haushalts- und Stellenplan im Haushalt gewährleisten. Die Rechts-, Dienst- und Fachaufsicht soll vollständig auf das SHIBB übertragen werden. Unter Einbindung der obersten Schulaufsicht und des

	<p>Landesseminars Berufliche Bildung werden alle Referate der beruflichen Bildung in das SHIBB überführt. Die Personalausstattung wird sichergestellt. Die Verwaltung des gesamten Lehrpersonals der berufsbildenden Schulen wird dem SHIBB übertragen. Die parlamentarische Kontrolle ist zu gewährleisten.</p> <p>Das SHIBB steuert RBZ und BBS gleichermaßen über Zielvereinbarungen oder andere geeignete Instrumente.“ [S. 20f.]</p>
<p>Wir werden allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.</p>	<p>„Über die verschiedenen Wege der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen zum Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss, zum Mittleren Schulabschluss und zum Abitur, sowie in die duale Ausbildung werden Eltern sowie Schülerinnen und Schüler umfassend informiert und beraten.“ [S. 15]</p>
<p>2.7 Hochschulen</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>
<p>Wir werden unsere Hochschulen finanziell weiter stärken.</p>	<p>„Chancengerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und innovative Wirtschaft werden von der Wissenschaft maßgeblich vorangetrieben. Forschung und Bildung stehen daher ganz oben auf unserer Agenda. Wir werden die Investitionen in diese Bereiche deutlich steigern. Wir werden unsere Hochschulen dabei unterstützen, ihre Forschungs- und Lehrprofile qualitativ zu schärfen und – mit Blick auf die Themenfelder, die besonders wichtig für die zukünftige Entwicklung unseres Bundeslandes sind – weiter auszubauen. Im Bereich Hochschule und Wissenschaft setzen wir auf Qualität, Verantwortung, Leistung und Exzellenz.“ [S. 23]</p> <p>„Wir wollen die Hochschulfinanzierung kontinuierlich verbessern, um im Bundesvergleich weiter aufzuholen, den Aufbau innovativer Studiengänge und Strukturen an den Hochschulen zu</p>

	<p>ermöglichen und um die in diesem Koalitionsvertrag formulierten Ziele erreichen zu können. So werden wir in der ab dem Jahr 2020 beginnenden neuen Zielvereinbarungsperiode die Grundfinanzierung unserer Hochschulen weiter stärken. Insgesamt werden wir im Laufe dieser Legislaturperiode zusätzlich zu dem in den noch bis 2019 laufenden Zielvereinbarungen vereinbarten Mittelaufwuchs weitere 30 Millionen Euro (2020: 5 Mio. €; 2021: 10 Mio. €; 2022: 15 Mio. €) zur Verfügung stellen. Dabei sollen die Fachhochschulen und die künstlerischen Hochschulen überproportional berücksichtigt werden, da dort im Bundesvergleich ein besonderer Nachholbedarf besteht. Weiterhin wird das Land die den Hochschulen in Folge von Tarif- und Besoldungssteigerungen entstehenden Mehrausgaben für das aus den Grundmitteln des Landesfinanzierte Personal übernehmen.</p> <p>Studiengebühren lehnen wir ab.“ [S. 25]</p>
<p>Wir werden mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln.</p>	<p>„Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites Wissenschaftsnetz einrichten.“ [S. 26]</p>
<p>Wir werden sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen.</p>	<p>„Wir wollen Schleswig-Holstein zu einem echten Gründerland machen. Es gibt hier bereits eine aktive StartUp-Szene, die sich auch zunehmend vernetzt. Dennoch gibt es bisher auf die Bevölkerungszahl bezogen zu wenige Unternehmensgründungen in unserem Bundesland. Allen Mutigen und Kreativen - sowohl im Bereich der eher am Gemeinwohl orientierten Social Innovations als auch der klassisch gewinnorientierten Unternehmensgründungen - wollen wir deshalb deutlich bessere Rahmenbedingungen und ein echtes Gründerklima bieten. Wir wollen die Gründung eines Unternehmens so einfach</p>

	wie möglich machen und einen neuen Gründer- geist befördern.“ [S. 45]
Wir werden innovative Studiengänge fördern.	„Wir wollen die Hochschulfinanzierung kontinuierlich verbessern, um im Bundesvergleich weiter aufzuholen, den Aufbau innovativer Studiengänge und Strukturen an den Hochschulen zu ermöglichen und um die in diesem Koalitionsvertrag formulierten Ziele erreichen zu können.“ [S. 24]
Wir werden das landesweite Semesterticket umsetzen.	„Ein landesweit gültiges Semesterticket für Studierende wollen wir einführen.“ [S. 26]
Wir werden uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene einsetzen.	„Der Bund muss sich nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich stärker in der Grundfinanzierung aller Hochschulen engagieren und die notwendigen Infrastrukturen über ein Bundesprogramm fördern. Hierfür werden wir uns im Bundesrat stark machen.“ [S. 25]
Wir werden Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.	„Die Idee vom lebenslangen Lernen wird für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für Selbstständige, immer wichtiger und von uns mit der entsprechenden Unterstützung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen mit Leben erfüllt werden.“ [S. 49]
2.8 Finanzen	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag
Wir werden die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung fortsetzen.	„Wir werden alle Vorgaben der Schuldenbremse erfüllen.“ [S. 6] „Um die Konsolidierung des Haushaltes zu verfestigen, darf die Ausgabesteigerung nicht über der Einnahmesteigerung liegen.“ [S. 6]
Wir werden vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren.	„Ziel ist es, den Schulbau einschließlich der Instandsetzung der Sanitäreinrichtungen zu stärken. Dazu wollen wir Bundesmittel einsetzen und die gesetzliche Grundlage über IMPULS schaffen, um vorübergehend Haushaltsüberschüsse des Landes auch für kommunalen Schulbau einsetzen zu

	<p>können. Grundlage ist eine Bestandsaufnahme nach einheitlichen Kriterien.</p> <p>Ziel ist es, mit der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zukünftig die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihrer Verpflichtung im Schulbau nachzukommen.</p> <p>Ziel ist es, bis Ende der Legislaturperiode Eltern und Kommunen zu entlasten sowie Qualität in den Kitas zu sichern und zu stärken. Dazu wollen wir bis zum Jahr 2022 schrittweise 170 Millionen Euro mobilisieren. Um dem Ziel vergleichbarer Elternbeiträge näherzukommen, werden wir mindestens 50 Millionen Euro zur Entlastung der Eltern einsetzen. Zudem soll mit ebenfalls 50 Millionen Euro der Betriebskostenzuschuss des Landes an die Kommunen aufgestockt werden. Die übrigen Mittel in Höhe von 70 Millionen Euro werden zur Sicherung und Verbesserung der Qualität eingesetzt.“ [S. 2]</p>
<p>Wir werden ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen.</p>	<p>„Der Personalabbaupfad umfasst in den Jahren 2017 bis 2020 noch rund 2.100 abzubauenen Stellen, davon rund 1.600 Lehrerstellen. Der Abbaupfad wird grundsätzlich umgesetzt. Nennenswerte Ausnahmen gibt es im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Polizei. Die Stellenmehrbedarfe im Schulbereich orientieren sich am Ziel, spätestens bis 2022 eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung in allen Schulen zu sichern sowie an den weiteren im Koalitionsvertrag vereinbarten Schwerpunkten im Bildungsbereich.“ [S. 8]</p> <p>„Zur Erreichung dieser Kernziele muss die Personal- und Sachausstattung der Justiz in allen Bereichen überprüft und nachgesteuert werden.“ [S. 82]</p>
<p>Wir werden die Kommunen fair behandeln.</p>	<p>„Wir werden unsere Kommunen fair behandeln und bei neuen</p>

	Herausforderungen gemeinsam nach Lösungen suchen.“
Wir werden Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie).	„Die Divestmentstrategie des Landes soll in den nächsten Jahren auf- und ausgebaut werden und auch für den Versorgungsfonds des Landes gelten. Grundsätzlich sollen alle Geldanlagen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen sowie auf Grundlage einer guten Unternehmensführung erfolgen.“ [S. 6f.]
Wir werden die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.	„Die Digitalisierung ist auch eine große Chance für den Staat und seine Verwaltungsbehörden , weil wir sie nicht nur als „Nutzung von Technik“ verstehen, sondern damit eine konsequente Verbesserung, Vereinfachung und Effizienzsteigerung der Geschäftsprozesse der Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erreichen wollen. Die Weiterentwicklung des E-Governments, der dafür erforderlichen Infrastruktur und der Verwaltungsstrukturen sind zentrale Aufgaben der künftigen Landesregierung. Wir verfolgen das Ziel einer transparenten, offenen und nachvollziehbaren Verwaltung. Open-Data und Open-Government sind für uns kein Selbstzweck, sondern integraler Bestandteil des Handelns der öffentlichen Verwaltung. Unter einer modernen Verwaltung verstehen wir eine transparente Verwaltung, die proaktiv mit den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert und sie bestmöglich an Entscheidungen beteiligt. Open Data und E-Government-Angebote werden wir entschlossen ausbauen, ohne außer Acht zu lassen, dass es durchaus noch „weiße Flecken“ gibt und noch nicht jeder Mensch in Schleswig-Holstein Zugang zum Internet hat.“ [S. 105]
3. Weltoffen	
3.1 Europa	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag

<p>Wir werden Europa demokratischer und sozial gestalten.</p>	<p>„Schleswig-Holstein profitiert auf vielen Ebenen von einem friedlichen, starken und geeinten Europa. Wir unterstützen den weiteren Integrationsprozess der Europäischen Union und setzen uns für eine demokratischere, sozialere und bürgernähere Union ein.“ [S. 100]</p>
<p>Wir werden Brückenbauer zwischen Zentral- und Nordeuropa sein.</p>	<p>„Die Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit im Ostseeraum ist nicht nur für die zukünftige Entwicklung unseres Landes mitbestimmend. Die Ostseeregion hat als eine von wenigen Makroregionen europaweit Modellcharakter. Wir werden die Ostseekooperationen in allen Bereichen stärken und sinnvolle Instrumente wie die Ostseeparlamentarierkonferenz, den Ostseerat oder die Hanse-Offices im Ostseeraum evaluieren und weiterentwickeln. Dabei werben wir weiter für eine gemeinsame Ostseestrategie der norddeutschen Länder.“ [S. 101]</p> <p>„Als Land zwischen den Meeren ist Schleswig-Holstein auch im Nordseeraum wirtschaftlich und kulturell verwurzelt. Wichtige Außenhandelspartner sind dort vor allem Dänemark, Großbritannien und die Niederlande. Angesichts des wahrscheinlichen Ausscheidens Großbritanniens aus der EU erhält die regionale Zusammenarbeit im Nordseeraum zusätzliche Bedeutung. Wir werden die Aktivitäten im Rahmen der Nordseekommission fortsetzen. Wir werden uns auf europäischer Ebene intensiv für eine eigene europäische Strategie für den Nordseeraum einsetzen, wie sie für den Ostseeraum mit der Ostseestrategie bereits besteht.“ [S. 102]</p> <p>„Schleswig-Holstein ist tief in Kooperationen an Nord- und Ostsee verankert und hat dies durch die Zuerkennung eines Beobachterstatus im Nordischen Rat erfolgreich dokumentiert. Der Nordische Rat, bestehend aus Dänemark, Norwegen,</p>

	<p>Island, Schweden und Finnland, richtet u.a. einen besonderen Fokus auf die auch für Schleswig-Holstein wichtigen Themenfelder Energie, Hochschulkooperation und Bildungsaustausch, kulturellen Austausch/Minderheiten, Digitalisierung und Tourismusinitiativen. Eine Anknüpfung an die dort bestehenden Netzwerke ist vorteilhaft. Auf die in der vergangenen Wahlperiode aufgenommenen Kontakte zum Nordischen Rat werden wir aufbauen und diese intensivieren.“ [S. 102]</p>
<p>Wir werden europäische Bildungs- und Kulturarbeit stärken.</p>	<p>„Wir wollen Schleswig-Holstein als Teil einer europäischen Wissenschaftsgesellschaft etablieren. Dies wollen wir mit einer guten Vernetzung mit unseren europäischen Nachbarhochschulen erreichen, mit denen wir gemeinsame Forschungsprojekte vorantreiben werden. Um der jungen Generation eine bestmögliche und grenzüberschreitende Zukunft zu ermöglichen, wollen wir unsere Bildungslandschaft europäisieren. Die Vernetzung von Hochschulen und Schulen in Forschungs- und Lernnetzwerken wollen wir im Sinne der Förderung kooperativen Arbeitens eines zusammenwachsenden europäischen Bildungsraumes fördern. Wir wollen deshalb an der Entwicklung von Partizipationsplattformen und an einem internationalisierten und europaweit möglichst frei verfügbaren digitalen Bildungsangebot mitwirken und Kooperationen zwischen Schulen, Hochschulen und der Wirtschaft im Sinne der Förderung der Freizügigkeit innerhalb des Europäischen Binnenmarktes unterstützen.</p> <p>Wir werden deshalb Projekte an unseren Europaschulen, europäische Kulturprojekte und Austauschprogramme ausbauen. Die Europauniversität Flensburg werden wir in ihrem europäischen Forschungsschwerpunkt weiter unterstützen. Mit den Mitteln des</p>

	<p>Erasmusprogramms wollen wir noch mehr Jugendliche und junge Menschen aller Ausbildungsgänge und Berufsgruppen aus Schleswig-Holstein Europa erleben lassen. Wir setzen uns auch für das Fortbestehen des Erasmus-Programms im Vereinigten Königreich ein.“ [S. 100]</p>
<p>Wir werden mit progressiven Parteien und Organisationen in Dänemark kooperieren.</p>	<p>Schleswig-Holstein unterhält seit langem besondere und intensive Beziehungen zum Nachbarn Dänemark. Dänemark ist für Schleswig-Holstein der wichtigste Partner in Skandinavien und im Ostseeraum. Wir werden daher die gemeinsamen Strategien und Instrumente weiterentwickeln. Schlagbäume und Grenzkontrollen zwischen Dänemark und Deutschland behindern die gewachsene grenzüberschreitende Zusammenarbeit und werden von uns abgelehnt. Wir wollen uns dafür einsetzen, einen flüssigen Grenzverkehr zu gewährleisten und die Umsetzung des Schengener Abkommens zu fördern. Die Grundlage für die Zusammenarbeit mit der dänischen Regierung bilden die im Rahmenplan für die deutsch-dänische Zusammenarbeit festgelegten Ziele. Diese werden wir umsetzen und fortschreiben. Gleiches gilt für die bestehende Kooperation mit den Regionen Syddanmark und Sjælland sowie für die im Aufbau befindliche Kooperation im „Jütlandkorridor“. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Stärkung der kommunalen und regionalen grenzüberschreitenden Kooperationen in Sønderjylland/Schleswig. Beispielgebend kann hier die Eurodistriktregion Straßburg-Ortenau sein. Neben regionalen Kooperationen wollen wir auch die Entwicklung von Städtepartnerschaften stärker unterstützen. Inhaltlich wollen wir den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, Mobilität in der beruflichen Bildung und grenzüberschreitenden ÖPNV fördern. Dazu werden wir bestehende Hindernisse für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt weiter</p>

	<p>abbauen, die Pendlerberatung unterstützen und die Anerkennung grenzüberschreitender Berufsabschlüsse vorantreiben. Die Arbeit des Regionskontors in Padborg ist dabei ein wichtiger Baustein. INTERREG-Mittel werden wir effizient nutzen, um das Wachstum, die Beschäftigung sowie Forschung und Entwicklung in den Grenzregionen zu fördern. Wir werden uns für eine bessere soziale Absicherung von Grenzpendlerinnen und -pendlern einsetzen und uns dafür einsetzen Lücken in der hier geltenden Sozialgesetzgebung zu schließen. Weitere inhaltliche Schwerpunkte der deutsch-dänischen Zusammenarbeit bilden die Hochschulzusammenarbeit, die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung und Gesundheitswirtschaft. Den kulturellen Austausch und den Aufbau kultureller Netzwerke wollen wir unter anderem durch Schüleraustauschprogramme weiterentwickeln.“ [S. 101]</p>
<p>Wir werden auch weiterhin Nein zu neuen Schlagbäumen und Grenzkontrollen sagen.</p>	<p>„Schlagbäume und Grenzkontrollen zwischen Dänemark und Deutschland behindern die gewachsene grenzüberschreitende Zusammenarbeit und werden von uns abgelehnt.“ [S. 101]</p>
<p>Wir werden Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle für Nationale Minderheiten ausbauen.</p>	<p>„Wir werden die kulturelle Vielfalt weiterentwickeln und die Minderheiten stärken. Die Vielfalt von Lebensformen wollen wir als Chance und Ausdruck einer freien Gesellschaft verteidigen und stärken. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Stärkung des Ehrenamtes und der Erhalt einer sozialen Infrastruktur.“ [S. 4]</p> <p>„Allen Minderheiten und Volksgruppen Schleswig-Holsteins gehört unsere Unterstützung in ihrem Bemühen, ihre Identität zu wahren und zu leben. Die Durchsetzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte von Minderheiten sowie die Förderung der kulturellen und</p>

	<p>sprachlichen Vielfalt ist wichtiger Bestandteil unserer Regierungsarbeit. Wir bekennen uns zu einer parteiübergreifenden Minderheitenpolitik, die sich sowohl auf die Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein erstreckt, als auch die deutsche Minderheit in Nordschleswig unterstützt. Die weisungsungebundene Arbeit der Minderheitenbeauftragten wird von uns unterstützt. Die Arbeit der Minderheitenverbände im Land wollen wir mit Hilfe fünfjähriger Zielvereinbarungen sichern.</p> <p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Einrichtungen der Minderheiten eine auskömmliche Finanzierung erhalten. Hierbei sehen wir auch die Bundesebene in der Pflicht. Die in diesem Bereich aktiven Verbände wollen wir weiter unterstützen. Dabei werden wir uns dafür einsetzen, dass dies verstärkt auch jungen Menschen zugutekommt.</p> <p>Die in unserem Land vorhandenen Minderheiten- und Regionalsprachen bereichern unsere Kultur. Wir wollen diese schützen und fördern. Insbesondere wollen wir die erfolgreiche gemeinsame Kulturarbeit mit der „Friesische Volksgruppe“ sowie der friesischen und dänischen Minderheit fortsetzen und uns für den Erhalt und die Pflege der niederdeutschen Sprache und des Kulturgutes als Teil unserer schleswig-holsteinischen Identität einsetzen. Darum werden wir das Erlernen der Minderheitssprachen und des Niederdeutschen in unseren Kindergärten und Schulen weiter fördern. Durch eine neue Ziel- und Leistungsvereinbarung wollen wir die Förderung des Nordfrisk Institut als zentrale wissenschaftliche Einrichtung in Nordfriesland für die Pflege, Förderung und Erforschung der friesischen Sprache, Geschichte und Kultur sicherstellen. Aufbauend auf dem Handlungsplan Sprachenpolitik wollen wir</p>
--	---

	<p>Mehrsprachigkeit und Sprachenvielfalt in unserem Land stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Sprachenvielfalt – insbesondere das Friesisch und Niederdeutsch – in den öffentlich-rechtlichen Medien mehr Raum bekommt.</p> <p>Der Schutz und die Stärkung der Rechte von Minderheiten innerhalb der EU sind nicht überall zufriedenstellend. Nach unseren Möglichkeiten werden wir uns dafür einsetzen, dies zu verbessern. Wir unterstützen deshalb die Minority Safepack Initiative der FUEN (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen, Federal Union of European Nationalities) zur Stärkung der Minderheitenrechte innerhalb der Europäischen Union. Wir wollen Flensburg als europäisches Zentrum für Nationale Minderheiten und autochthonen Volksgruppen ausbauen. Dazu wollen wir die Europa Universität Flensburg stärken. Wir unterstützen die Initiative zum Haus der Minderheiten und die wertvolle Arbeit des ECMI (Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen, European Centre for Minority Issues) in Grenzregionen. In das ECMI werden wir uns verstärkt einbringen. Unsere erfolgreiche Minderheitenarbeit soll durch diese Institutionen in Zukunft noch stärker Wissen und Erfahrungen in andere Regionen übertragen.“ [S. 103]</p>
<p>Wir werden faire Wirtschaftspartnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen.</p>	<p>„Wir wollen zudem die erfolgreichen Kooperations-Projekte mit Expertinnen und Experten und sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie die vielen Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften und Verbände- und Wirtschaftspartnerschaften fortsetzen. Das erfolgreiche „PromotorInnen-Programm“ soll weitergeführt werden. Einer Verstetigung des Expertendialoges zu Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung in Schleswig-Holstein stehen wir offen gegenüber.“ [S. 102]</p>

<p>Wir werden Nein sagen zu CETA, TTIP und TiSA, aber Kooperationsabkommen mit hohen Verbraucher*innen und Arbeitnehmer*innenstandards unterstützen.</p>	<p>„Die Koalitionspartner bekennen sich zu freiem und fairem internationalen Handel als ein Motor für unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Bei der Bewertung verschiedener Freihandelsabkommen haben die Koalitionspartner unterschiedliche Positionen. Das wird sich auch auf das Abstimmungsverhalten im Bundesrat auswirken.“ [S. 44]</p>
<p>3.2 Flucht und Asyl</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>
<p>Wir werden Integrationsangebote für alle ermöglichen.</p>	<p>„Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land. Dies zeigte sich nicht zuletzt an dem vorbildlichen Einsatz für Geflüchtete von Tausenden von Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern. Auf dieses demokratische Engagement wollen wir politisch weiter aufbauen. [...] Die weltweite Situation führt dazu, dass wir auch in den kommenden Jahren die Verantwortung dafür übernehmen müssen, dass Menschen, die auf Schutz und Hilfe angewiesen sind, in Schleswig-Holstein Aufnahme finden. Wir bekennen uns uneingeschränkt zu einem Anspruch auf Asyl für politisch Verfolgte. Menschen, deren Heimatländer von Gewalt und bewaffneten Konflikten betroffen sind, die Chance auf ein sicheres Leben zu gewähren, ist für uns ein Gebot der Humanität.“ [S. 84]</p> <p>„Um die Integration in Schleswig-Holstein vom ersten Tag an zu gestalten, werden wir gemeinsam ein Landesintegrationsgesetz erarbeiten, das klare Integrationsziele für das Land und für die Kommunen definiert und den Weg dorthin mit den entsprechenden Maßnahmen unterlegt. Ziel der Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Kindertagesstätten stehen im Integrationsbereich vor besonderen Herausforderungen. Kitas und Schulen müssen bei der Erfüllung ihres Integrationsauftrages unterstützt werden. Die Teilnahme an einem Sprachkurs scheitert nicht selten daran, dass Eltern vor</p>

	<p>Ort keine Betreuungsangebote für ihre Kinder vorfinden. Wir werden daher Maßnahmen ergreifen, um Kinderbetreuung während der Teilnahme an Integrationskursen zu gewährleisten. Individuelle Bedürfnisse und der Schutz von besonders vulnerablen Gruppen von Geflüchteten (Kinder, Frauen, LGBTIQ, behinderten Menschen) finden bei der Unterbringung Berücksichtigung. Wir werden hierfür die Erstellung eines Gewaltschutzkonzeptes in kommunalen Unterkünften unterstützen.“ [S. 85]</p>
<p>Wir werden den Familiennachzug stärken.</p>	<p>„Die Möglichkeit des Zusammenlebens mit der eigenen Familie ist eines der zentralen Grundrechte. Für geflüchtete Menschen ist die Einheit der Familie oft nur schwer möglich. Sie werden durch Krieg, Vertreibung oder auf der Flucht getrennt. Die Familienzusammenführung stellt einen der wichtigsten sicheren und legalen Zugangswege dar.</p> <p>Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die zweijährige Wartefrist beim Familiennachzug zu subsidiär Geschützten zu verkürzen. Bestrebungen, diese Wartefrist zu verlängern, wird Schleswig-Holstein nicht unterstützen. Weiterhin werden wir uns für eine Erleichterung des Nachzugs minderjähriger Geschwister einsetzen.“ [S. 89]</p>
<p>Wir werden Ehrenamt professionell entlasten und dadurch fördern und Selbstorganisation von Migrant*innen stärken.</p>	<p>„Wir werden ermöglichen, dass die Integrationspauschale auch zur Kostenerstattung ehrenamtlicher Tätigkeiten verwendet werden darf.“ [S. 85]</p>
<p>Wir werden für ein Einwanderungsgesetz streiten.</p>	<p>„Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz und ein Klima der Offenheit.“ [S. 5]</p>
<p>Wir werden Integrationsaufgaben in einem Ministerium zusammenziehen.</p>	<p>„Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration“ [S. 113]</p>
<p>3.3 Demokratie</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>

<p>Wir werden unsere Polizei und Justiz personell und materiell stärken und fit machen für das digitale Zeitalter.</p>	<p>„Im Bereich der Polizei werden die Stellen bis 2023 um 500 Stellen aufgestockt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Ausbildungskapazitäten vorlaufend entsprechend angepasst.“ [S. 9]</p> <p>„Unerlässlich ist eine Polizei, die personell und sächlich so ausgestattet ist, dass sie für die Menschen in unserem Land die Sicherheitsherausforderungen der Gegenwart und der Zukunft bewältigen kann.“ [S. 76]</p> <p>„Zur Erreichung dieser Kernziele muss die Personal- und Sachausstattung der Justiz in allen Bereichen überprüft und nachgesteuert werden.“ [S. 82]</p>
<p>Wir werden uns weiterhin gegen Massenüberwachung und den Abbau von Freiheits- und Grundrechten aussprechen.</p>	<p>„Aufgrund des damit verbundenen Eingriffs in das Recht auf die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger lehnen wir eine flächendeckende, anlasslose Videoüberwachung ab. Videoüberwachung ersetzt kein Personal.“ [S. 79]</p> <p>„Unter strikter Wahrung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung werden wir Analyse- und Prognosesoftware, wie Predictive Policing zur besseren Erkennung möglicher Einbruchsschwerpunkte, in Modellversuchen erproben, wobei ausgeschlossen werden muss, dass personenbezogene Daten verarbeitet werden und die Nutzung zur Stigmatisierung von Betroffenen führt.“ [S. 79]</p>
<p>Wir werden einen Grundrechte-TÜV für Gesetze und das Justizministerium weiter zum Grundrechtministerium ausbauen.</p>	<p>-</p>
<p>Wir werden den Verfassungsschutz reformieren.</p>	<p>„Der Verfassungsschutz bleibt eine wichtige Säule unserer Sicherheitsarchitektur. Wir werden uns auf der Ebene des Bundes weiter dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit der</p>

	<p>Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder verbessert wird. Defizite beim Datenaustausch müssen unter Wahrung aller rechtlichen Vorgaben abgebaut werden. Auch bei durchreisenden relevanten Personen oder Gruppen, die einer Beobachtung durch Verfassungsschutzbehörden unterliegen, muss eine Überwachungsübernahme durch Behörden anderer Bundesländer ohne Verzögerung erfolgen können. Den Einsatz von V-Personen richten wir am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit aus. Den Einsatz von schwersten Straftäterinnen und Straftätern als V-Personen lehnen wir ab. Wir stärken den Verfassungsschutz und gleichzeitig die parlamentarische Kontrolle.“ [S. 81]</p>
<p>Wir werden auf eine ganzheitliche Kriminalprävention drängen und die Resozialisierung im Strafvollzug stärken.</p>	<p>„Gleichzeitig gilt es aber auch, bereits dem Entstehen von Kriminalität und Extremismus entgegen zu wirken. Deshalb ist Sicherheitspolitik für uns maßgeblich auch durch Prävention geprägt. Prävention ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in der auch die polizeiliche Präventionsarbeit einen festen Platz einnimmt. Hier werden wir einen der Schwerpunkte für die Zukunft setzen.“ [S. 76]</p> <p>„Deshalb muss sich die Ausgestaltung des Vollzugs sowohl an den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausrichten als auch an dem Ziel der Resozialisierung der Gefangenen. Ein moderner Vollzug muss deshalb die Fähigkeiten der Gefangenen zu einem selbstbestimmten und verantwortungsgeprägten Leben fördern, ihre positiven Potentiale ausbauen und sicherstellen, dass auch beim Übergang in die Freiheit eine angemessene Begleitung und Unterstützung geboten wird.“ [S. 83f.]</p>
<p>Wir werden den Besitz von Cannabis entkriminalisieren.</p>	<p>„Die Drogenpolitik der Koalition ist durch einen ganzheitlichen Ansatz geprägt. Wir</p>

	<p>werden eine kohärente Drogen- und Suchtpolitik weiterentwickeln und auf Prävention, Beratung, Therapie und Entkriminalisierung statt auf Repression setzen.</p> <p>Die Möglichkeit zur kontrollierten Freigabe von Cannabis im Rahmen eines Modellprojektes werden wir prüfen.</p> <p>Kinder und Jugendliche sind vor Drogenkonsum besonders zu schützen, deshalb werden wir Schulen, Kindertagesstätten sowie Spiel- und Sportstätten von Drogen vollständig freihalten.“ [S. 97]</p>
<p>Wir werden Bürger*innenbeteiligung ausbauen und kommunale Strukturen reformieren.</p>	<p>„Besondere Unterstützung verdient aus unserer Sicht der Ansatz der Bürgerenergie, die eine regionale Bürgerbeteiligung anbietet. Hierfür werden wir einen revolving Fonds für Risikokapital für die Vorbereitung von Bürgerenergieprojekten in Höhe von fünf Millionen Euro auflegen. Bestrebungen für eine Zertifizierung von fairer Planung und Bürgerbeteiligung werden wir konstruktiv begleiten.“ [S.58]</p> <p>„Dieses Modell bietet nicht nur eine gute Finanzierungs- bzw. Kreditmöglichkeit für kommunale Vorhaben, sondern für die Bürgerinnen und Bürger gleichzeitig interessante Anlagemöglichkeiten für privates Kapital und eröffnet neue Wege der Bürgerbeteiligung über die demokratisch verfasste Genossenschaftsversammlung. Wir werden daher die Möglichkeit zur Schaffung von öffentlich-rechtlichen Genossenschaften im Landesrecht verankern.“ [S. 90f.]</p> <p>„Die Digitalisierung bietet uns die Chance, Transparenz politischer Prozesse zu erhöhen und demokratische Teilhabe zu erleichtern – nicht nur für das Land, sondern auch die schleswig-holsteinischen Kommunen. Für Bürgerinnen und Bürger</p>

	<p>soll die Nutzung von digitalen Werkzeugen der Beteiligung und der Mitbestimmung so einfach wie möglich gemacht werden. Hierbei berücksichtigt die Koalition, dass Menschen, die der Nutzung neuer Technologien zurückhaltend gegenüberstehen und auf eingeübte Verfahren setzen, sich weiterhin in die Beteiligungsprozesse des Landes einbringen können.</p> <p>Unser Ziel ist es, dass zukünftig jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit hat, Mitbestimmungsprozesse auch digital zu initiieren und/oder sich daran zu beteiligen. Die Umsetzungsmöglichkeiten eines solchen digitalen Bürgerbegehrens werden wir unter Berücksichtigung daten- und verfassungsrechtlicher Vorgaben prüfen.“ [S. 108]</p>
Wir werden die Whistleblower*innen schützen und sichere Kommunikation ermöglichen.	-
Wir werden die länderübergreifende Planung mit Hamburg voranbringen.	<p>„Um die wirtschaftlichen Chancen der Metropolregion Hamburg besser nutzen zu können, die im Auslandsmarketing unbedingt gebotene gemeinsame Bewerbung als zusammengehöriger Wirtschaftsstandort zu untermauern und damit auch dem schleswig-holsteinischen Mittelstand die Erschließung neuer Absatzmärkte zu erleichtern, werden wir die Gewerbeflächenausweisung im Hamburger Umland und die gemeinsame länderübergreifende Gewerbeflächenausweisung vereinfachen. Zudem werden wir prüfen, ob und wie eine gemeinsame Landesplanung mit der Freien und Hansestadt Hamburg umgesetzt werden kann.“ [S. 48]</p>
3.4 Rassismus und Diskriminierung	
Wahlprogramm	Koalitionsvertrag
Wir werden die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rassismus stärken, ein Präventionszentrum gegen Rechtsextremismus z.B. in Neumünster	„Jegliche Form des Extremismus , der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus gefährden unsere Demokratie und haben in Schleswig-

<p>einrichten und nichtstaatliche antirassistische Initiativen unterstützen.</p>	<p>Holstein keinen Platz. Wir setzen auf Aufklärung, ein starkes zivilgesellschaftliches Bewusstsein und Engagement. Wir werden die Aufklärungs- und Präventionsarbeit als Schwerpunkt der politischen Bildung stärken und ausbauen, um rechtsextremistisches Gedankengut gar nicht erst entstehen zu lassen und diesem entgegenzuwirken. Darüber hinaus wollen wir Angebote schaffen, um auch den religiös motivierten Extremismus sowie radikalen Linksextremismus frühzeitig zu erkennen und ihnen wirksam entgegenzutreten zu können.“ [S. 29]</p>
<p>Wir werden den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt ausweiten und für trans- und intersexuelle Menschen noch mehr öffnen.</p>	<p>„Den Landesaktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten in Schleswig-Holstein unterstützen wir und werden ihn fortführen und weiterentwickeln.“ [S. 40]</p>
<p>Wir werden Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Schulen voranbringen, und in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung verankern.</p>	<p>„Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler diskriminierungsfrei leben können. Diskriminierung gegenüber Lesben, Schwulen, bi- sowie trans- und intersexuellen Menschen findet auch in unseren Schulen statt. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt soll im Unterricht an geeigneten Stellen altersgerecht thematisiert werden, um Wissen zu vermitteln aber auch um Vorurteile und Stereotypen abzubauen.</p> <p>Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wollen wir stärker in der Fort- und Ausbildung für Lehrkräfte verankern und setzen uns dafür ein, dass in den Fachanforderungen des für Bildung zuständigen Ministeriums sexuelle Vielfalt altersgerecht thematisiert wird. Unterrichtsmaterialien sollen unter Aufsicht des für Bildung zuständigen Ministeriums eingesetzt werden.“ [S. 19]</p>
<p>Wir werden ein Denkmal für homosexuelle Opfer des NS Regimes einrichten.</p>	<p>-</p>

<p>Wir werden LGBTIQ-Themen bei internationalen Kooperationen auf den Tisch bringen.</p>	<p>-</p>
<p>3.5 Kultur</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>
<p>Wir werden den kulturellen Dialog mit Migrant*innen fördern und ihre Teilhabe sichern.</p>	<p>„Die Koalition bekennt sich zum Kulturdialog und wird diesen fortsetzen, um die Vernetzung zwischen kulturellen Akteuren, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kulturverwaltungen zu festigen.“ [S. 99]</p>
<p>Wir werden Freiräume für Kulturarbeit schaffen.</p>	<p>„Im Rahmen eines neu aufgelegten investiven Kulturförderprogrammes wollen wir u.a. die freie Szene und kleine Kultureinrichtungen im Hinblick auf notwendige Investitionen stärken. Sie schaffen vielfältige Angebote gerade auch im ländlichen Raum und jenseits der „großen Kunst“ bzw. des Mainstreams. Häufig fehlen aber die notwendigen Mittel für Investitionen in Probenräume oder technische Ausstattung. Hier wollen wir uns als Land stärker beteiligen.“ [S. 98]</p>
<p>Wir werden kulturelle Bildung in Kooperation zwischen Schulen und Künstler*innen voranbringen.</p>	<p>„Die Basis kultureller Kenntnis und Kompetenz wird in der Schule begründet. Kulturpolitik kann nur auf dieser Basis generationenübergreifend gelingen. Die zuständigen Ressorts verständigen sich für die Dauer der Legislaturperiode auf die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung regionaler Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die insbesondere das Ziel hat, die institutionelle Vernetzung schulischer und außerschulischer Angebote der musischen und kulturellen Bildung zu entwickeln. Wir streben an, in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt in den Schulen, einen Koordinator für Schule und Kultur einzurichten, um einen besseren Austausch zwischen Kultur und schulischen Bildungseinrichtungen zu gewährleisten.“ [S. 98]</p>

<p>Wir werden Filmförderung stärken.</p>	<p>-</p>
<p>Wir werden uns für eine Modernisierung des Urheberrechts einsetzen und Kultur durch Creative Commons Lizenzen verbreiten.</p>	<p>„Der Zugang zu wissenschaftlicher Literatur muss fair und unbürokratisch geregelt werden und möglichst digital erfolgen. Öffentlich finanzierte Forschung soll im Rahmen der urheberrechtlichen Möglichkeiten für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss in der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden.“ [S. 24]</p>
<p>3.6 Medien</p>	
<p>Wahlprogramm</p>	<p>Koalitionsvertrag</p>
<p>Wir werden einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erarbeiten.</p>	<p>„Deshalb werden wir einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erstellen.“ [S. 96]</p>
<p>Wir werden neue Formen des Journalismus zur Sicherung der Meinungsvielfalt unterstützen.</p>	<p>„Auf dieser Grundlage sollen gegebenenfalls Modelle entwickelt werden, die qualitativ gute lokale und regionale Berichterstattung ermöglichen sollen sowie neue Formen des Journalismus zur Sicherung der Meinungsvielfalt unterstützen.“ [S. 96]</p>
<p>Wir werden ein neues Medienkompetenzkonzept für Schleswig-Holstein vorlegen und Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz ausbauen.</p>	<p>„Der Offene Kanal Schleswig-Holstein hat eine wichtige Funktion als Forum für Bürgerinnen und Bürger, als Lokalradio und Lokalfernsehen. Er hat Bedeutung in der Aus- und Weiterbildung in Medienberufen. Insbesondere bei der Vermittlung von Medienkompetenz werden wir ihn weiter stärken.“ [S. 97]</p> <p>„Medienkompetenz sehen wir als wichtigen Bestandteil eines selbstbestimmten und souveränen Handelns mit Medien. Wer Wahrheit nicht von Unwahrheit, Fakes nicht von News und echte nicht von unechten Bildern unterscheiden kann, wird zum manipulierbaren Spielball von Interessen.</p>

	<p>Damit wächst hierdurch auch die Notwendigkeit einer mit dieser Entwicklung schritthaltenden, altersübergreifenden Vermittlung von Medienkompetenz. In der digitalen Gesellschaft ist Medienkompetenz eine Schlüsselqualifikation. Daher wollen wir die Medienkompetenzstrategie des Landes weiterentwickeln und in diesem Rahmen die Einführung eines Online-Fortbildungscampus zur Medienkompetenz prüfen, auf dem Angebote zur Medienbildung sowie Vernetzungs- und Kontaktmöglichkeiten aufgeführt sein sollen.“ [S. 97]</p>
<p>Wir werden den Offenen Kanal stärken.</p>	<p>„Der Offene Kanal Schleswig-Holstein hat eine wichtige Funktion als Forum für Bürgerinnen und Bürger, als Lokalradio und Lokalfernsehen. Er hat Bedeutung in der Aus- und Weiterbildung in Medienberufen. Insbesondere bei der Vermittlung von Medienkompetenz werden wir ihn weiter stärken.“ [S. 97]</p>
<p>Wir werden dafür eintreten, dass die Nutzungsdauer von Angeboten in den Mediatheken ausgeweitet wird.</p>	<p>„Wir werden uns weiter für die Abschaffung der Depublikationspflicht in der Mediathek öffentlich-rechtlicher Angebote einsetzen.“ [S. 97]</p>